

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagnote	Extremismus, Demonstrationen, Personenfreizügigkeit, Innere Sicherheit
Akteure	Landesring der Unabhängigen (LdU)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Hirter, Hans
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Hirter, Hans; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Extremismus, Demonstrationen, Personenfreizügigkeit, Innere Sicherheit, Landesring der Unabhängigen (LdU), 1990 – 1995*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Innere Sicherheit	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Liberale Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

GPK	Die Geschäftsprüfungskommissionen
EU	Europäische Union
PUK	Parlamentarische Untersuchungskommission

CdG	Les Commissions de gestion
UE	Union européenne
CEP	Commission d'enquête parlementaire

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Innere Sicherheit

MOTION
DATUM: 05.03.1990
HANS HIRTER

Der Nationalrat überwies zwei Motionen von Landesring-Vertretern zur **Reorganisation der Bundesanwaltschaft** als Postulate (Mo. 89.339 und Mo. 89.404). Sie verlangten namentlich eine Unterstellung der Bundesanwaltschaft unter den Gesamtbundesrat und die Wahl des Bundesanwalts durch die Bundesversammlung. Eine Motion der Grünen, welche die Überwachung der Reorganisation der politischen Polizei durch die PUK verlangte, wurde mit dem Argument abgelehnt, dass dies eine Aufgabe für die GPK sei.¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Liberale Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.10.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Mit dem sogenannten «**Manifest für den Mittelstand**» setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf **mehr Sicherheit im Alltag**, vor allem aber auf **wirtschaftspolitischer Ebene** (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und **weniger im Umweltschutzbereich**, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteioxponenten übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.08.1995
EVA MÜLLER

Der in der Europafrage geschlossene LdU forderte im Wahljahr 95 **rasche Verhandlungen über den EU-Beitritt** und warf den bürgerlichen Parteien CVP und FDP vor, die Europafrage zu tabuisieren. Gleichzeitig betonte er **innere Reformen** als Voraussetzung für eine Öffnung der Schweiz. Nötig sei die **Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze** durch ein strenges Kartellverbot, die Aufhebung des Saisonierstatuts, die Herstellung der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Ersatz der Planwirtschaft im Agrarsektor durch eine marktwirtschaftliche Ordnung. Das Subventionswesen sei neu zu regeln, indem unter anderem Subventionen alle zehn Jahre auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden müssten. Die Partei wiederholte ausserdem ihre Forderung nach einem parlamentarischen Konkurrenzsystem. Die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft», welche der LdU zu Beginn des Jahres lanciert hatte, brach er im März 1996 wieder ab.³

1) AB NR, 1990, S. 196 ff.

2) NZZ, 1.10.92; Bund, 3.10.92; Presse vorn 24.8.92

3) Presse vom 13.2.95; NZZ, 16.8.95